Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1931

12.9.1931 (No. 212)

Visual Library

Nr. 212 Samstag, den 12. September 1931 174. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifferster Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Trauerfeier für den Staatspräsidenten Wittemann

findet nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, am Montagnachmittag 4 Uhr, sondern schon um 3.15 Uhr im Landtag statt.

Beileidskundgebungen zum Tode des badischen Staatspräsidenten

Vom Reichspräsidenten **von Hindenburg** ist beim Badischen Staatsministerium folgendes Telegramm eingegangen:

„Zu dem schweren Verlust, den die Badische Landesregierung durch das Ableben des Herrn Badischen Staatspräsidenten Wittemann erlitten hat, spreche ich Ihnen meine aufrichtige herzliche Teilnahme aus und bitte, diese auch den Angehörigen übermitteln zu wollen."

Der Preußische Ministerpräsident **Braun** telegraphierte:

„Anläßlich des Ablebens des Staatspräsidenten Wittemann spreche ich der Badischen Staatsregierung zugleich namens des Preußischen Staatsministeriums herzliche Teilnahme aus."

Von dem Bayerischen Ministerpräsidenten **Dr. Held** ging folgendes Telegramm ein:

„Zum Ableben Ihres hochverdienten Staatspräsidenten Wittemann entbietet die Bayerische Staatsregierung den Ausdruck innigster Teilnahme."

Vom Sächsischen Ministerpräsidenten **Schieck**:

„Der Badischen Staatsregierung versichert die Sächsische Regierung aufrichtigste Teilnahme anläßlich des Heimganges des hochverdienten Herrn Staatspräsidenten Wittemann."

Von dem Hessischen Staatspräsidenten **Adelung**:

„Aus Anlaß des Ablebens des von mir hochverehrten Staatspräsidenten, Herrn Wittemann, spreche ich Ihnen auch im Namen der Hessischen Regierung tiefes Beileid aus. Wir nehmen herzlichst Anteil an dem schweren Verlust, der dem Lande Baden und dem Deutschen Volke durch das Hinscheiden dieses vortrefflichen Staatsmannes entstanden ist."

Vom **Thüringischen Staatsministerium**:

„Aus Anlaß des Heimganges des Herrn Staatspräsidenten Wittemann sprechen wir unser herzlichstes Beileid aus."

Namens des **Reichsrates** telegraphierte Gesandter **Dr. Boden**:

„Mit tiefem Bedauern hat der Reichsrat von dem schmerzlichen Verlust vernommen, der die Badische Staatsregierung und das Land Baden durch das unerwartete Hinscheiden des hochgeschätzten Herrn Staatspräsidenten Wittemann betroffen hat. Er bittet, sein wärmstes Beileid entgegenzunehmen."

Von dem **Schweizerischen Bundespräsidenten Haeberlin** ging folgendes Telegramm ein:

„Schmerzlich bewegt durch die Nachricht vom Ableben des Badischen Staatspräsidenten, Herrn Wittemann, drängt es den Schweizerischen Bundesrat, das Badische Staatsministerium seiner lebhaften Anteilnahme an dem schweren Verluste und eines tiefempfundenen Beileids zu versichern."

Weitere Beileidstelegramme sind eingegangen vom Oberbürgermeister **Dr. Heimerich**-Mannheim, Prälat **Kreutz**-Freiburg, Minister a. D. Dr. **Leers**, **Süddeutscher Rundfunk**, **Schluchseewerk AG.**

Weitere Beileidskundgebungen:

„Zum Ableben unseres verehrten Staatspräsidents sprechen wir Ihnen unsere aufrichtige Teilnahme und innigstes Beileid aus.

Vorstand und Rabbinat **Israelit. Religionsgesellschaft.**"

„Zum Tode des Herrn Staatspräsidenten Wittemann erlaube ich mir, mein allerherzlichstes Beileid auszusprechen.

Generalkonsul **Andreas von Berenberg-Goßler.**"

„Zu dem Ableben des Herrn Staatspräsidenten Dr. Wittemann spreche ich hiermit mein herzlichstes Beileid aus.

Der Amerikanische Generalkonsul **Leon Dominian.**"

„Zum Hinscheiden von Herrn Staatspräsident Wittemann spreche ich Badischer Regierung und Angehörigen ergebenstes Beileid aus. Gesandter **Moser.**"

„Die Stadt Bruchsal nimmt herzlichen Anteil an der Trauer des Landes um den so rasch aus dem Leben geschiedenen hochverdienten Herrn Staatspräsidenten.

Dr. **Meister**, Oberbürgermeister."

(Fortsetzung auf der 3. Seite.)

Letzte Nachrichten

Dr. Curtius spricht in Genf

Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Abrüstung

WTB. **Genf**, 12. Sept. (Tel.). Am Samstag ergriff Reichsaußenminister Dr. **Curtius** in der Völkerbundsversammlung das Wort. Die Lage der diesjährigen Bundesversammlung, erklärte er u. a., wird vor allem durch zwei Tatsachen bestimmt: Durch die **furchtbare wirtschaftliche Notlage**, in der sich die meisten Länder befinden, und durch die bevorstehende **Abrüstungskonferenz**.

Die Gefahren der **Wirtschaftslage** haben sich aufs Äußerste zugespitzt. Magazinisierung von Rohstoffen und Lebensmitteln auf der einen Seite, Mangel und Hunger auf der anderen, Zusammenballung von Kapital und Anhäufung von Gold in wenigen Ländern, zum anderen Entblößung von Kapital und unerträglicher Zinsdruck, und als furchtbarste Erscheinung der **Zerrüttung der internationalen Wirtschaft die Arbeitslosigkeit** in den Industrieländern, die sich im kommenden Winter in einer **noch nicht absehbaren Weise steigern wird. Ein Heer** von restlos Verzweifelten, die radikalen und revolutionären Einflüssen zuleicht zugänglich sind! Niemand wird sich darüber täuschen, **daß die Erde bebt**, auf der der Bau unseres heutigen Wirtschafts- und Währungssystems sowie unserer Kultur errichtet ist.

Es erhebt sich die ernste Frage, ob die diesjährigen Ergebnisse der Völkerbundsarbeit den dringlichen Forderungen der Gegenwart auch nur einigermaßen gerecht werden. Keiner meiner Vorredner hat das zu bejahen gewagt und ich glaube deshalb, wir sind uns einig darüber, daß **alles Wichtige noch zu tun bleibt.** Das bedeutsamste Ergebnis der bisherigen Arbeit des europäischen Studienkomitees ist der Bericht, den der Ausschuß der Wirtschaftssachverständigen erstattet hat, und der auch dem Völkerbund vorliegt. Der Ausschuß sieht eigentlich als einziges Mittel für eine durchgreifende Besserung der europäischen Wirtschaft die **wirtschaftliche** Annäherung, den **wirtschaftlichen Zusammenschluß** an. Die Verwirklichung solcher Pläne kann nur im Einvernehmen mit den **außereuropäischen Ländern** erfolgen, sie muß zu einer gemäßigteren Zollpolitik als gegenwärtig führen — Sicherungen, die das Mißtrauen anderer Kontinente gegen **diese europäischen Pläne** zerstreuen sollen. Bei dieser bloßen Feststellung darf es natürlich nicht bleiben. Die Regierungen müssen unverzüglich an die Aufgabe herantreten, den Gedanken des wirtschaftlichen Zusammenschlusses so umfassend wie möglich schon in der nächsten Zeit in die Wirklichkeit umzusetzen. Das Ergebnis dieser Bemühungen wird ein Prüfstein dafür sein, wieweit heute in Europa der Wille zu großzügiger, praktischer Zusammenarbeit wirklich vorhanden ist.

Auch das Problem der **Zollpräferenzen für Getreide** bezeichnete der Minister als einen solchen Prüfstein für den Willen zur Zusammenarbeit. Er verwies auf die Vorschläge des Europa-Komitees, die Zollpräferenzen für Getreide als Ausnahme von der Meistbegünstigung empfehlen und gab der Erwartung Ausdruck, daß es gelinge, den Plan zur Annahme zu bringen, indem sich auch die außereuropäischen Länder davon überzeugten, daß die Hebung der europäischen Kaufkraft schließlich auch ihnen zugute komme. Der Minister befaßte sich im folgenden mit der Kreditwirtschaft und den Erscheinungen auf dem Kapitalmarkt. Allen Versuchen für Wiederherstellung eines normalen Güter- und Kapitalverkehrs, müßte ein dauerhafter Erfolg versagt bleiben, wenn dabei nicht in den **politischen Beziehungen die Grundsätze der Gerechtigkeit und der Gleichberechtigung** gewahrt würden.

Der Vertreter Englands hat die Bedeutung unterstrichen, die in den internationalen Beziehungen der **Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich** zukomme, einer Annäherung, die, wie er sagt, nicht nur in Worten, sondern in **Handlungen** bestehen muß. Sir Robert Cecil kann davon überzeugt sein, daß sich die deutsche Regierung dieser Verantwortung voll bewußt ist. Ich begrüße es, daß der **bevorstehende Besuch der französischen Staatsmänner in Berlin** Gelegenheit bieten wird, den unmittelbaren Gedankenaustausch fortzusetzen, und ich knüpfe daran die Hoffnung, daß es auf diesem Wege zu Ergebnissen kommt, die den beiden Ländern zum Vorteil gereichen und darüber hinaus auch dem allgemeinen Weltinteresse dienen.

Der Minister behandelte dann das Problem der **Abrüstung.** Wenn Herr Grandi die Ansicht vertritt, daß die friedliche **Streitschlichtung und die Abrüstung** zusammen die entscheidenden Mittel zur Erhöhung der Sicherheit darstellen, so kann ich dem nur mit aller Entschiedenheit zustimmen. Alle Bemühungen um die endgültige und uneingeschränkte Beseitigung des Krieges bleiben Stückwerk, solange nicht das System der friedlichen Streitschlichtung vom Völkerbunde so ausgebaut ist, daß auch für die schwersten politischen Interessengegensätze eine gerechte und billige Regelung gewährleistet ist.

Nachdem der Minister betont hatte, daß an dem Termin der Abrüstungskonferenz unbedingt festgehalten werden müsse, fuhr er fort: Ich kann hierbei nicht darauf verzichten, noch einmal auf einen Punkt von kardinaler Bedeutung hinzuweisen. Den Verpflichtungen, die **Deutschland im Jahre 1919** übernahm, steht das bindende Versprechen der anderen Staaten gegenüber, daß die Entwaffnung Deutschlands dazu dienen soll, die allgemeine Abrüstung der anderen Staaten einzuleiten; die deutsche Abrüstung wolle der erste Schritt für eine **allgemeine Abrüstung** sein.

Der Vertrag über den deutschen Weizenkauf ist von dem Vertreter des Reichsernährungsministeriums, Geheimrat Bose und dem Federal Farm Board unterzeichnet worden.

*Zur politischen Lage

Beratungen des Reichskabinetts

Es läßt sich denken, daß die Ausarbeitung des Winterprogramms dem Reichskabinett sehr große Schwierigkeiten bereitet, und zwar Schwierigkeiten nicht nur rein sachlicher, sondern auch parlamentarischer bezw. **parteipolitischer Natur.** Von zwei Seiten wird ein erheblicher Druck auf das Kabinett ausgeübt, von seiten der **Sozialdemokratie** und der Gewerkschaften und von seiten der **Deutschen Volkspartei.** Was aber die einen fordern, lehnen die andern ab, und umgekehrt.

Die ganze Situation muß also aufs sorgsamste geprüft werden, bevor man sich zu ganz bestimmten Maßnahmen entschließt. Da die **Nationalsozialisten** und **Deutschnationalen** am 13. Oktober wieder in den Reichstag zurückkehren werden, ist ohne weiteres mit der Bildung einer Mehrheit zu rechnen, welche die Aufhebung der Notverordnungen fordert, falls die Sozialdemokraten oder die Deutsche Volkspartei mit anderen Parteien der nach rechts gerichteten Mitte sich der Stimme enthalten.

In der Praxis wird es darauf ankommen zu entscheiden, was man jeder der eben erwähnten Parteien zumuten kann. An und für sich ist ja wohl die Geneigtheit, durch Stimmenthaltung im Reichstag den **Sturz des Kabinetts** herbeizuführen, weder bei der Sozialdemokratie noch bei der Deutschen Volkspartei sonderlich groß. Aber die Dinge dürfen auch nicht übers Knie gebrochen werden. Gewisse Schlußfolgerungen, die sich aus der finanz- und wirtschaftspolitischen Gesamtlage **ganz von selbst ergeben**, werden natürlich aus rein sachlichen Gründen auf die Dauer nicht ignoriert werden können. Und danach wird das Kabinett auch verfahren.

Einstweilen hat es sich nach den letzten Meldungen geeinigt auf folgende Punkte: Herbeiführung **neuer sachlicher Ersparnisse** in den Ausgaben des Reiches, vor allem im **Reichswehretat**, zweijährige Sperre für das Aufrücken der Beamten in höhere Gehaltsklassen, **Herabsetzung des Höchstpensions-Prozentsatzes** von 80 auf 75 Proz., Herabsetzung der **hohen Pensionen** über 12 000 *RM*, Errichtung eines **Bankenamtes** zwecks Regelung der Bankenaufsicht, **Zusammenlegung der Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge, finanzielle Erleichterungen für die Gemeinden**, denen die Lieferung eines Teils der Unterstützungen in der Form von **Naturalleistungen** gestattet wird. Auch eine Neuregelung der **Hauszinssteuer** ist ins Auge gefaßt. Ein Beschluß darüber, **wie** sie aussehen soll, liegt indessen noch nicht vor. Die Bedenken gegen die Idee der **ländlichen Ansiedlung von Arbeitslosen** haben sich in den letzten Tagen vergrößert, so daß auch hier ein Beschluß noch nicht gefaßt werden konnte.

Der Völkerbund in Genf

In der Völkerbundsversammlung in Genf hat der Vertreter Englands, Lord Robert **Cecil**, eine bedeutsame Rede gehalten, in welcher er auf das Entschiedenste vor einer **Vertagung der Abrüstungskonferenz warnte** und nochmals an alle Staaten die Mahnung richtete, **gemeinsame Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrisis** zu ergreifen. Die Finanzkrisis drohe zum völligen Zusammenbruch zu führen. In der Welt herrsche immer noch eine Atmosphäre des Mißtrauens, die bedenklicher sei als je. Vor allem sei es notwendig, die **Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland** im Sinne einer wahren und aufrichtigen Verständigung zu regeln.

Cecil übte mit Recht Kritik an den großen Manövern, die in der letzten Zeit in Frankreich, Italien, England und Amerika stattgefunden haben. Es sei unmöglich, vom großen Publikum die Investierung von Geldern zu erwarten, wenn das Publikum sehen muß, wie andererseits die **modernsten Mittel zur Vernichtung des Lebens der Wirtschaft und der Bevölkerung geschaffen werden.** Die englische Regierung werde eine Vertagung der Abrüstungskonferenz, deren Beginn bekanntlich für den 2. Februar 1932 festgesetzt ist, auch nicht um einen Tag zulassen. Cecil begrüßte den neuerdings zu einem formellen Antrag erweiterten **Vorschlag Italiens, die Rüstungen** von jetzt ab bis zum Abschluß der Konferenz zu **sistieren.** Der Geist von Locarno sei auch heute noch in England lebendig. Und deshalb werde man in England alles tun, um jene Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich zu fördern. Wenn diese wahre Annäherung zwischen den beiden Nationen nicht nur in Worten,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

sondern auch in Taten erreicht werde, würden damit zwei Drittel aller Unruhen der Welt verschwunden sein. Die Ausführungen Cecils sind von der Völkerbundsversammlung **mit stürmischem Beifall** aufgenommen worden.

Briand hat gestern auf die Rede Cecils geantwortet und dabei die Äußerung getan, die französischen Staatsmänner würden in den nächsten Tagen **nach Berlin fahren**, um dort die **Grundlage einer dauerhaften Zusammenarbeit** mit dem deutschen Volk zu legen, nicht mit Worten, sondern **mit Taten**. Frankreich sei gleichfalls **Gegner einer Vertagung der Abrüstungskonferenz**. Wenn der Völkerbund seine Verpflichtung auf Abrüstung nicht einlöse, so würde das seinen Bankerott bedeuten. Auf den Antrag, die Rüstungen jetzt schon zu sistieren, ging Briand indessen **nicht** ein.

Das englische Defizit

Im **englischen Unterhaus** hat dieser Tage das neue Konzentrationskabinett Macdonald einen Sieg davongetragen. Das **Vertrauensvotum** wurde mit 309 gegen 250 Stimmen angenommen. Bei der Abstimmung zeigte sich, daß außer den 7 sozialistischen Ministern nur noch 5 sozialistische Abgeordnete für das Vertrauensvotum waren. Die Labour Party steht also mit annähernder Geschlossenheit in Opposition. 3 Sozialisten hatten sich der Stimme enthalten. Aber, obwohl die Arbeiterpartei ziffernmäßig keine ernstlichen Verluste im Parlament selbst zu beklagen hat, hat sie doch zweifellos eine ansehnliche Einbuße an Macht und moralischer Bedeutung erlitten. Ihre beiden glänzenden Führer, Macdonald und Snowden, fehlen ihr. Und man glaubt kaum, daß Henderson der Mann sei, der diesen Verlust ausgleichen könne.

Das englische Kabinett hat inzwischen das **Programm** veröffentlicht, vermittels dessen es das **Defizit beseitigen will**. Ausgehend von der Erkenntnis, daß **England seit geraumer Zeit über seine Verhältnisse gelebt habe**, will das Kabinett beträchtliche **Einsparungen** bei den **Rüstungsausgaben** und bei den **Gehältern und Löhnen** durchführen, fernerhin **Abstriche** bei der **Arbeitslosenunterstützung**. Steuererhöhungen werden sich nicht vermeiden lassen. Die **Einkommensteuer** soll um 2½ Proz. **erhöht** werden. Doch soll die Industrie die Erlaubnis erhalten, einen dementsprechend höheren Betrag auf Anlagen und Maschinen abzuschreiben. Die **Steuergrenze**, die bekanntlich in England recht hoch ist, soll für Unverheiratete von 2700 auf 2000 *RM*, für Verheiratete von 4500 auf 3000 *RM* **herabgesetzt** werden. Auch die Steuervergünstigung für Kinder wird etwas vermindert. Die **Sondersteuer für große Einkommen** wird um 10 Proz. erhöht. Ferner werden **erhöht** die **Biersteuer**, die **Tabaksteuer**, die **Benzinsteuer** und die **Lustbarkeitssteuer**.

Das **Defizit** selbst beläuft sich in diesem Jahre auf 1,5 Milliarden Reichsmark und wird für das nächste Jahr auf die Riesensumme von auf 3,4 Milliarden veranschlagt! Ein solcher Betrag ist allerdings die beste Rechtfertigung für das Sparprogramm der neuen Regierung. Die Blätter wissen davon zu berichten, daß man förmlich entsetzt war, als man im Parlament die Defizitberechnung Snowdens vernahm. Als Snowden seine Finanzrede mit einem Appell an den unbezwinglichen Geist der britischen Nation schloß, erhob sich die gesamte Konservative Partei und schwenkte jubelnd ihre Taschentücher. Ein Vorgang, der für das britische Parlament schier beispiellos ist, aber am besten zeigt, wie sehr die Finanznot Englands und die richtige Erkenntnis davon die Gemüter bewegt. Daß es ein **sozialistischer** Finanzminister war, dem die Ovation der Konservativen Partei galt, hat dabei keine Rolle gespielt.

Badische Sparpolitik

Der **Haushaltausschuß** des Badischen Landtags hat sich in den letzten Tagen mit dem Spargutachten beschäftigt, und zwar im Zusammenhang mit dem Etat des Kultus- und Unterrichtsministeriums. Dabei hat der Finanzminister mit allem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß das Spargutachten im wesentlichen ein Programm auf **längere** Sicht sei, daß wir heute aber ein **Sofortprogramm** benötigen.

Von Interesse sind die **Richtlinien für eine Sparpolitik im Lande**, die von dem Berichterstatter, Abg. Dr. **Föhr**, aufgestellt worden sind. Im wesentlichen besagen diese Richtlinien, daß der **Aufwand der badischen Staatsverwaltung über die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft hinausgehe**, und daß das Gleichgewicht im Etat hergestellt bzw. erhalten bleiben müsse; wo Mängel der Staatsverwaltung vorlägen, sei eine Reform erforderlich. Eine Angleichung an **Württemberg** sei grundsätzlich zu erstreben, sofern es sich nicht um besonders gute Sondereinrichtungen Badens handelt. Auch die allgemeinen Vorschläge des **Reichssparkommissars** seien zu berücksichtigen. Allenthalben gelte es, an **das Gute der Vergangenheit anzuknüpfen**. Bei der Durchführung der Sparvorschläge müsse man mit Überlegung vorgehen. Bevor man einen tauglichen Nachwuchs abdrossele, solle man lieber untaugliche Kräfte ausscheiden. Aufgabe des Landtags sei es, Richtlinien zu geben; die Art und Weise der Ausführung sei dann Sache der Regierung.

In der Sitzung des Haushaltausschusses am 10. September wurde zum Etat des Kultus- und Unterrichtsministeriums festgestellt, daß die Ausgaben von 1913 bis 1927 von 59,9 auf 109 Millionen, der Zuschußbedarf von 45,4 auf 90,5 Millionen gestiegen seien. Im Reich betrage die Ausgabensteigerung für das Bildungswesen im Durchschnitt 93 Proz., in den Ländern durchschnittlich 152 Proz., in den Gemeinden 43 Proz. Auch das sind Ziffern, die — zumal im Vergleich mit Württemberg — eine Politik der Sparkamkeit gebieterisch zur Pflicht machen.

Völkerbund und Rüstungsfeierjahr

Die Delegationen der **nordischen Staaten**, sowie **Hollands** und der **Schweiz** haben in der Völkerbundsversammlung einen Entschließungsentwurf eingebracht, der die Anregung des italienischen Außenministers hinsichtlich einer Rüstungspause aufgreift. Es heißt darin: Die Versammlung richtet an alle, die die Verwirklichung der den Völkerbundspakt zugrundeliegenden Prinzipien des Friedens und der Gerechtigkeit wünschen, den feierlichen Appell, ihre Bemühungen der Schaffung einer Weltmeinung zu widmen, die stark genug ist, um zu bewirken, daß die **allgemeine Abrüstungskonferenz** zu einer allmählichen Herabsetzung der Rüstungen gelangt. Es ist notwendig, das Terrain für die Arbeiten der Konferenz vorzubereiten, und um eine Erhöhung der Rüstungen zu vermeiden, bittet die Völkerbundsversammlung den Rat, bei den Regierungen darauf zu drängen, daß sie sich in Erwartung der Ergebnisse der Konferenz jeder Maßnahme enthalten, die auf eine Erhöhung des gegenwärtigen Rüstungsstandes hinzielt.

Kleine Chronik

Das Gutachten des Frankfurter Gerichtschemikers Dr. **Popp** über die Reste der im v. Lacumschen Auto gefundenen Leiche liegt nunmehr vor. Nach den Einzelheiten, die jetzt bekannt wurden, steht außer Zweifel, daß der im Auto Verbrannte tatsächlich Heinz **v. Lacum** ist.

Die **500 000-*RM*-Prämie** der Preuß.-Südd. Klassenlotterie ist auf die Nummer 272 909 gefallen, die mit 1000 *RM* gezogen wurde. In der ersten Abteilung fällt der Gewinn nach Bayern, in der zweiten Abteilung nach Hessen.

Die Zahl der bei einem **Tropensturm** in **Belize** in Britisch-Honduras Getöteten wird nach den letzten Meldungen auf 400 geschätzt. Der Sturm, der über die Stadt raste, hatte eine Geschwindigkeit von 100—150 Meilen pro Stunde. Begleitet war er von einer Springflut, die die Wassermengen bis zu 2 Meter Höhe auftürmte und die Straßen überschwemmte. Mehr als 70 Prozent aller Häuser sind eingestürzt und bergen unter ihren Trümmern noch zahlreiche Einwohner. Wie es heißt, sollen auch mehrere amerikanische Priester unter den Opfern sein. Die Hilfsmaßnahmen haben bereits eingesetzt.

Badisches Landestheater

Die Entführung aus dem Serail

Da sich das Mozart-Jahr bald seinem Ende zuneigt, war es wohl schon schicklich, die neue Spielzeit mit einem Werk dieses Unsterblichen zu beginnen. Man hatte **„Die Entführung aus dem Serail"** gewählt, die am wenigsten kommentarbedürftige seiner Opern, jenes heiter-harmlose Liebesspiel, mit dem der Fünfundzwanzigjährige einstens sein eigenes junges Eheglück besang. Es kann noch heute so frisch sein wie am Tag der Wiener Uraufführung (1782), denn noch heute besticht die anscheinend so leichte Spielbarkeit seiner Gestalten. Aber gerade diese Figuren so lebendig werden zu lassen, wie sie Mozart während der Arbeit daran empfunden hat, erfordert Künstler von solch hinreißender Persönlichkeit, daß wir ihnen unbedingt das rein Menschliche glauben, auch dort, wo sie allzu eng in das Netz eines höfisch-orientalischen Milieus verstrickt sind.

Bei der Wiedergabe, die im ganzen eine sehr sorgfältige Vorbereitungsarbeit verriet, war manches sicherlich im Mozartschen Sinn zu dramatischer Wirkung aufgelockert, und allseits hatte man zum wenigsten begriffen, daß es galt, Mozartsche Arien zu singen. Aber wenn auch vieles „richtig kam", Anmutiges und Herbes, Leises und Stärkeres, so vermißte man doch dann und wann die Transposition der äußeren Begebenheiten der Handlung in eine höhere Sphäre, die allein dem Wunder Mozart gerecht zu werden vermag und aus der um so sonniger und heiterer sein Genie durchbricht. Es sang z. B. **Mary Esselsgroth** die Partie der Konstanze berückend schön, aber eben doch nur in der an ihr längst gewohnten und auch geschätzten konventionellen Form, die zwar keine Trübung des musikalischen Bildes vermittelt, dafür jedoch arg unpersönlich bleibt. Auch **Wilhelm Rentwig** ist mit den Jahren ein geschmackvoller Mozart-Sänger geworden; gleichwohl gelang es seinem Belmonte nicht, das so unendlich natürliche Gefühl, das noch seinen ersten Arien entströmte, überzeugend durchzuhalten. Der Stilstruktur des Stückes entsprach dagegen am ehesten **Else Blanks** Blondchen, weil ihre Verkörperung die wichtigen Elemente von gesundem Humor und gereifter Menschlichkeit weitgehend vereinigte. Dabei war sie ebenso reizend anzusehen in ihrem zarten Blond, wie fast ohne jede stimmliche Schwankung anzuhören. Osmin war erstmals **Franz Schuster** anvertraut. Er gab der Figur noch nicht alles, was sie eigentlich sein soll. Gewiß, er war sehr beweglich und beharrlich in seinen grotesken Drohungen, die „saftige" Gemütsart, von der dieser Türke lebt, kam jedoch nicht recht zum Ausdruck, auch der Stimme schien zuweilen das Mark zu fehlen. Die Schwächen der kleinen Rolle des Pedrillo deckte **Robert Kiefer** nach Möglichkeit zu, und für die Sprechrolle des Selim Bassa, der den Bearbeitern des Buches schon soviel Kopfzerbrechen bereitet hat, ohne eine befriedigende Lösung bis heute zu finden, stand **Friedrich Prüter** mit schauspielerischem Geschick und zurückhaltendem Takt ein.

Zur Inszenierung ist wenig zu sagen. Es werden ja weder kostspielige Prospekte, noch besondere Regiekünste gebraucht, die Frage ist allein, ob Beides einigermaßen im Einklang mit der graziösen Musik steht. In dieser Beziehung darf man sowohl **Torsten Hecht** (Bühnenbild), wie **Viktor Pruscha** (Regie) Lob und Dank aussprechen, und auch **Rudolf Schwarz**, dem musikalischen Leiter, miteinrechnen. Gleich die konzertmäßig klar gebrachte Ouvertüre gefiel ungemein, später blieb er ebenfalls keiner Note ihren subtilen Wert schuldig; freilich wußte er nicht immer, diese musikalische Genauigkeit mit dem nötigen dramatischen Brio zu füllen, das bei aller kammermusikalischen Feinheit und Exaktheit des Klanges denn doch wünschenswert und für die Erfolgswirkung ausschlaggebend ist. Vielleicht war das mit ein Grund, daß das erfreulicherweise zahlreich anwesende Publikum die offenbar große Mühewaltung anfänglich mit sparsamem Beifall lohnte und erst nach Schluß sich zu herzlicheren Ovationen veranlaßt fühlte.

H. Sch.

Von der Berliner Universität. Das preußische Kultusministerium hat die beiden **Heidelberger** Professoren **Lederer** und **Radbruch** nach Berlin berufen. Professor Radbruch hat die Berufung abgelehnt. Es muß nun als fraglich gelten, ob der im Zusammenhang mit der Reform des juristischen Studiums für die Berliner Universität geplant gewesene neue Lehrstuhl, den Radbruch erhalten sollte, überhaupt errichtet werden wird.

Ueberreichung der deutschen Einladung in Paris

WTB. **Paris**, 12. Sept. (Tel.) Der deutsche Geschäftsträger, Botschaftsrat Dr. Forster, hat heute vormittag dem französischen Ministerpräsidenten Laval für den 27. September die offizielle Einladung der Reichsregierung für ihn und für den französischen Außenminister Briand nach Berlin zum Wochenende überbracht. Der französische Ministerpräsident hat die Einladung angenommen. Die Einzelheiten der Reise werden später vereinbart werden.

Die Erstarkung der Landwirtschaft

Reichsernährungsminister Schiele sagte in einer Konferenz der Landwirtschaftsminister der Länder: Es müßten alle vorhandenen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um das **Zinsproblem**, das namentlich bei den Personalkrediten in erster Linie eine Frage der Zinsspannen ist, zu regeln. Weiter müsse Ordnung in die **Absatzverhältnisse** im eigenen Lande gebracht werden. Man sei bemüht, die ausländischen Futterstoffe durch einheimische zu ersetzen. Eingehende Darlegungen machte der Minister zu § 38 des **Milchgesetzes**. Der Gesamtjahresverlust der Milchwirtschaft betrage rund eine Milliarde Reichsmark. Straffe Zusammenfassung der Milchwirtschaft sei notwendig. Hierfür sei den Ländern die Handhabe im genannten Paragraph gegeben. Der Minister richtete an die Minister den Appell, die Möglichkeiten des § 38 tatkräftig auszunützen. Sehr wichtig sei die Finanzierung des Absatzes, die dringender denn je sei. Die Verlängerung der Dauer der Zinsverbilligung sei gesichert. Die Frage der Einführung von indossablen Lagerscheinen finde bald ihre Erledigung. Alle Maßnahmen zur Regelung und Finanzierung des Absatzes seien aber unzureichend, wenn die Produktion nicht genügend nach Menge und Güte dem Verbrauch angepaßt werde. Die Umstellung in der Landwirtschaft müsse weiter voranschreiten. Ausdehnung der Roggenanbaufläche sei unangebracht, der Weizenanbau müsse auf seiner Höhe gehalten und die Haferproduktion eingeschränkt werden. Aufgabe der großen Politik werde es sein, auf ein Schließen der Preisschere mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln hinzuarbeiten.

Untersuchung der Fondswirtschaft im Reichsernährungsministerium

Als der Reichstagsausschuß zur Untersuchung der **Roggenstützungsaktion** Ende Mai seine Untersuchung beendet hatte und an seine Auflösung gehen wollte, stellte sich im letzten Augenblick heraus, daß das Untersuchungsprogramm noch nicht erledigt war, da es nachträglich über die Roggenstützung hinaus durch einen Reichstagsbeschluß noch eine Erweiterung erfahren hatte. Es handelte sich um einen Antrag des Abg. Freybe (Wirtschaftspt.), der eine parlamentarische Untersuchung der gesamten Fondswirtschaft im Reichsernährungsministerium verlangt.

Es wird der Vorwurf erhoben, daß bei Verwendung der Fondsmittel zahlreiche Mißbräuche vorgekommen seien. Diese Mittel seien oft in einer Weise verwendet worden, die mit wirtschaftlichen Grundsätzen nicht zu vereinbaren ist und daß sie vielfach nicht den Stellen zuflossen, für die sie bestimmt waren. Die Vorwürfe reichen bis in die Zeit der landwirtschaftlichen Notprogramme in den Jahren 1928 und 1929 zurück. In den Rahmen der geforderten Untersuchung der gesamten Fondswirtschaft des Ernährungsministeriums wurde auch die in der Öffentlichkeit schon viel erörterte Angelegenheit der Landkraftmaschinen-AG. fallen.

Kurze Nachrichten

Theologieprofessor Schmiblin aus Münster, der vor einigen Tagen im Elsaß auf Grund eines Urteils im Colmarer Autonomistenprozeß **verhaftet** wurde, ist provisorisch in Freiheit gesetzt worden und hat das Gefängnis in Colmar verlassen.

Aufgehobene kommunistische Geheimdruckerei. Der Kriminalpolizei in Nordhausen gelang es, die Druckerei einer geheimen kommunistischen Zeitung ausfindig zu machen und sieben Personen festzunehmen.

Eine Milliarde Zloty Steuerrückstände in Polen. Wie das polnische Finanzministerium mitteilt, betrugen am 31. März d. J. die Rückstände an direkten Steuern eine Milliarde Zloty. Den größten Ausfall hat die Vermögenssteuer mit 403 Millionen Zloty.

Frankreichs befestigte Ostgrenze. Der französische Kriegsminister **Maginot**, der Generalstabschef **Weygand**, sowie eine ganze Anzahl höherer **französischer Offiziere** weilten dieser Tage, von Mülhausen i. E. herkommend, auf der **Rheinbrücke bei Neuenburg**, um von hier aus die ganzen Uferverhältnisse zu studieren. Die kleinen französischen Verteidigungswerke ziehen sich in kurzen Abständen von einander am Rhein von Kembs bis Straßburg hin. In den Rheinwaldungen selbst befinden sich noch weitere französische Befestigungswerke. Die Besichtigungskommission, die in zehn Automobilen angekommen war, besprach etwa eine halbe Stunde lang an Hand von Karten das neue französische Befestigungssystem am Oberrhein.

England spart. Das Weißbuch über die von der Regierung geplanten Finanzmaßnahmen sieht eine 10prozentige Kürzung der Diäten der Parlamentsmitglieder vor, die 400 Pfund Sterling jährlich betragen.

Die Arbeitslosigkeit in England. Die Zahl der Arbeitslosen betrug 2 762 219, das sind 701 775 mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Kommunistische Unruheversuche in Spanien. Kommunisten haben versucht, in **Bilbao** und **Sevilla** die Gefängnisse und in Dona Mencia die Kaserne der Gendarmerie zu erstürmen. Es gelang ihnen jedoch nicht, von den Gebäuden Besitz zu ergreifen.

Der Flottenaufstand in Chile beendet. Nach in Buenos Aires eingetroffenen Meldungen haben sich die aufständischen Flottenmannschaften ergeben. Alle Schiffe, die sich den Meuterern angeschlossen hatten, haben sich ergeben und Anker geworfen. Die Untersuchung gegen die aufständischen Mannschaften dauert an. Der Führer der Meuterer, der den höchsten militärischen Rang bekleidete, ist ein Sergeant, der sich den Titel Geschwaderchef und Generaldirektor der Flotte beigelegt hatte. Die Befehle wurden von ihm durch Funkspruch verteilt. Ein Signalmaat und drei Matrosen bildeten den Admiralstab. Die Vorbereitung der Aufstandsbewegung soll bis auf den Anfang August zurückgehen.

Mexiko und der Völkerbund. Der Genfer inoffizielle Vertreter Mexikos erklärt, daß Mexiko **keinen Antrag** auf Eintritt in den Völkerbund gestellt habe, sondern spontan durch gemeinsamen Beschluß von sechs Mächten eingeladen worden sei. Seine Regierung sei ernstlich mit der Prüfung der Angelegenheit beschäftigt, habe aber noch **keinen Antrag** gestellt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

(Fortsetzung der Beileidskundgebungen)

„Zum Hinscheiden des hochverehrten Herrn Staatspräsidenten meine und meiner Abtei aufrichtiges Beileid.

Abt Adalbert von Weipperg."

Von der **Landesparteileitung der Bayerischen Volkspartei** ist folgendes Telegramm eingegangen:

„Zu dem schweren Verlust, den die Badische Zentrumspartei durch den Tod des auch von uns hoch verehrten Herrn Staatspräsidenten Wittemann erlitten hat, spricht die Landesparteileitung der Bayerischen Volkspartei ihre herzlichste Teilnahme aus. Dr. **Schaeffer**, I. Vorsitzender."

*

Der **Erzbischof** hat an die Pfarrämter der Erzdiözese badischen Anteiles folgende Kundgebung gerichtet: Der badische Staatspräsident Josef Wittemann, ist am 10. September von Gott in die Ewigkeit abgerufen worden. An der Trauer von dem Hinscheiden nimmt die Erzdiözese in Baden innigen Anteil. Die Beisetzung findet am Montag, den 14. September, in Karlsruhe statt. Mittags 12 Uhr ist in den Pfarr- und Kuratiekirchen ein Trauergeläute von drei Absätzen zu veranstalten.

Die **Evangelische Oberkirchenbehörde** hat den Hinterbliebenen und dem Staatsministerium ihr aufrichtiges Beileid beim Heimgang des Staatsräsidenten ausgesprochen. Zugleich hat sie angeordnet, daß am Montag, am Tage der Beisetzung, von 12 Uhr ab in allen evangelischen Kirchen des Landes einviertelstündiges Trauergeläute stattfindet. An der Trauerfeier im Badischen Landtag wird an Stelle des im Urlaub befindlichen Kirchenpräsidenten der **Prälat** der Landeskirche teilnehmen.

☆

In der auf Freitag nachmittag einberufenen außerordentlichen **Sitzung des Stadtrats** widmete Oberbürgermeister Dr. **Finter** dem am 10. August dahingeschiedenen badischen Staatspräsidenten, Herrn Josef Wittemann, einen warmen Nachruf. Der Oberbürgermeister hat namens des Stadtrats an der Bahre des Heimgegangenen einen Trauerkranz niederlegen lassen und den Hinterbliebenen sowie der badischen Regierung das Beileid ausgesprochen. Die städtischen Gebäude werden am Beisetzungstage Trauerbeflaggung tragen, ebenso die Straßen, durch die sich der Trauerzug vom Landtagsgebäude aus nach dem Friedhof bewegen wird.

Das Programm für die Trauerfeier

Wie bereits mitgeteilt, findet die Einsegnung am Montag, vormittags 11.15 Uhr, im Trauerhause durch den Herrn Erzbischof statt. Hieran werden nur die nächsten Familienangehörigen, das Präsidium des Landtags und die Mitglieder der Staatsregierung teilnehmen. Alsdann erfolgt die Überführung der Leiche in den Landtag.

Dort beginnt pünktlich nachmittags 3.15 Uhr die Trauerfeier, für welche folgendes Programm vorgesehen ist:

1. **Trauermusik aus dem Oratorium „Saul" von G. F. Händel: Polizeikapelle.**
2. **Ansprachen:**
   a) **der stellvertretende Staatspräsident,**
   b) **der Präsident des Landtags,**
   c) **der Vertreter der Reichsregierung, Reichsinnenminister Dr. Wirth,**
   d) **der Vertreter der Zentrumspartei, Präsident Dr. Baumgartner,**
   e) **der Oberbürgermeister von Karlsruhe,**
   f) **ein Vertreter der badischen Hochschulen,**
3. **Trauergesang: Männergesangverein „Liederhalle".**

Anschließend bildet sich der Leichenzug zum Friedhof.

Zugsfolge:

1. **Ein Zug berittener Polizei.**
2. **Die Polizeimusik.**
3. **Einsatzbereitschaft der Polizei.**
4. **Fahnendeputationen der Vereine und studentischen Korporationen.**
5. **Der Männergesangverein „Liederhalle".**
6. **Kranzträger.**
7. **Seine Exzellenz der Herr Erzbischof mit der Geistlichkeit von Karlsruhe.**
8. **Der Leichenwagen, begleitet von Beamten der Polizei und Gendarmerie.**
9. **Die Familienangehörigen.**
10. **Die badische Regierung, der Landtag und Vertreter anderer Regierungen.**
11. **Vertreter der badischen Städte und Gemeinden, der Hochschulen, der staatlichen Behörden und sonstiger Korporationen.**
12. **Die Vereine und die übrigen Teilnehmer.**

Im Friedhof bewegt sich der Leichenzug unmittelbar zum Grab. Daselbst wird Seine Exzellenz der Hochwürdigste Herr Erzbischof die geistlichen Funktionen vornehmen. Ein Choral durch die Polizeikapelle beendet die Feier. Ansprachen und Kranzniederlegungen finden nicht statt.

Es ist Gelegenheit geboten, Kränze am Sarge niederzulegen im Sitzungssaal des Landtags in der Zeit von 12 Uhr bis 3 Uhr nachmittags.

Am Dienstag, vormittags ½10 Uhr, findet im Stephansdom ein durch den Hochwürdigsten Herrn Erzbischof zelebriertes Pontifikalrequiem statt.

Pressestimmen

Die Presse widmet dem verstorbenen Staatspräsidenten Wittemann ehrende Nachrufe. So schreibt der **„Bad. Beobachter"**, das führende Zentrumsblatt Badens, u. a.:

„Noch am letzten Freitag vor acht Tagen, als Staatspräsident Wittemann schon die Krankheit spürte, sagte er zu Studenten, die ihn zu Hause aufsuchten und ihm rieten, sich doch ein wenig zu schonen: ein Staatspräsident habe keine Zeit zum ausruhen; dazu sei er auch nicht Staatspräsident geworden. Schon krank, machte er noch Sitzungen mit, und fast mit Gewalt mußten ihn Kollegen, die ihm ansahen, wie er litt, nach Hause führen. Eine **ungeheuere Energie** gehörte 1929 dazu, sich in den Geschäftskreis des Innenministeriums einzuarbeiten. Aber Wittemann verfügte in unaufhörlichem Arbeiten Tag und Nacht über diese Energie und versah sein schweres Ministerium bald mit Meisterschaft. **Nicht Ehrgeiz lockte ihn:** sowohl 1929, wie wieder 1931 war sein erstes Wort, als er zum Minister und Staatspräsidenten vorgeschlagen werden sollte, ein Nein. Und nur tiefes Verantwortungsgefühl und Treue gegenüber Volk und Vaterland und gegenüber den Idealen, die ihm sein Leben wertvoll erscheinen ließen, vermochten es, seine Bedenken zu überwinden. Auch Wittemann würde noch leben, wenn ihn nicht Pflichtbewußtsein auf den Posten gezwungen hätte, von dem er wußte, daß er ihn bei Annahme ein Stück seines Lebens kosten würde. Als er als bald Fünfundsechzigjähriger ja sagte, da war für ihn der Traum von Glück und stillen Stunden im Kranz des Alters endgültig vorüber. Für Wittemann war die Politik auch in hoher Stellung nicht vielbeneideter Ehrenposten, sondern große Arbeit und schwere Mühe. Ehre daher seinem Andenken."

Die **„Bad. Zentrums-Korr."** schreibt:

„Das badische Volk, insbesondere der katholische Volksteil und das badische Zentrum, stehen in schmerzgebeugter Trauer am Schreine, in dem die sterblichen Überreste eines in der Pflichterfüllung großen Mannes aufgebahrt sind. Das Leben und die Lebensleistung Wittemanns, der ein kindlich frommer katholischer Mann und dem die Auswirkung der Religion in alle Gebiete des öffentlichen Lebens geradezu innerste Lebenserfüllung war, ist in der Zeit der Zerrissenheit und der Zerklüftung des Hasses und der Staatsverneinung ein **herrliches Vorbild** und ein **aufrüttelnder Mahnruf an alle Volksgenossen, dem Ganzen zu opfern und der sittlichen Idee am Staate zu dienen, so wie er es tat.** Von seinen Freunden in Besorgnis für seine Gesundheit zum Ausspannen ermahnt, gab es für ihn nur das eiserne Muß der Pflichterfüllung, keine Schonung, galt für ihn nur das Aushalten am Steuerruder des Staatsschiffes, bis der Verzehr des letzten Restes an physischer Kraft auch die seelische und die geistige lahmlegte. Der Quell zu diesem heroischen Opfer für die Öffentlichkeit war seine alles überstrahlende **Religiosität**, die seine Liebe zum Volkstum, zum Lande und zum Reich beschwingte und beflügelte und die ihn befähigte, Pflicht zu leisten, wo andere schon längst resigniert hätten."

Die der Deutschen Volkspartei nahestehende **„Badische Presse"** führt u. a. aus:

„Es war ihm nicht vergönnt, auszuruhen von der harten Last der Amtsgeschäfte, die ihn zermürbten und aufgerieben haben. Es bedeutete für Josef Wittemann, und auch für seine Familie, sicherlich ein großes Opfer, als der 62jährige dem Rufe seiner Partei folgte und in der nach dem unerquicklichen Parteienstreit endlich gebildeten Zweiparteienkoalition das Ministerium des Innern übernahm. Schon damals mußten auch die Gegner des Zentrumsmannes, die auch heute trauernd die Fahne an der Bahre des Verstorbenen senken werden, anerkennen, mit welcher Geschicklichkeit und Einfühlungsgabe er sich in sein neues Amt eingearbeitet hatte. Er selbst gestand einmal — es war in einer Landtagssitzung im Februar vorigen Jahres —, daß er seine Unabhängigkeit als Präsident des Oberrechnungshofes nur aufgegeben habe, um dem Rufe seiner Partei zu folgen. Schon damals konnte er der Kritik an der personellen Besetzung des Ministerpostens für Inneres mit dem Hinweis begegnen, daß er seit 39 Jahren im öffentlichen Leben und der Verwaltung des Landes stehe. Es sind daraus nur 40½ Jahre geworden, und die letzten anderthalb waren die schwersten und arbeitsreichsten für ihn. Er starb als **Opfer seiner Pflichttreue und der Arbeit für den badischen Staat".**

Der **„Volksfreund"** schreibt:

„Wittemann war, wenn es auch nach außen nicht so aussah, eine Kämpfernatur in ausgesprochenem Maße. Was den politischen Gegner damit aussöhnte, war stets wieder die **joviale und liebenswürdige Art, wie er den Kampf führte.** Vermerkt muß die anerkennende Art werden, wie er den Journalismus würdigte. Dabei war der Verstorbene ein **ungemein fleißiger Mensch**! Er schleppte im Landtag Berge von Büchern herbei, wenn es sich um die Belegung seiner Ansichten handelte. Und mit welchem Eifer ging er hinter die ihm gestellten Aufgaben?! Als er im Januar vorigen Jahres als neugewählter Minister des Innern seinen Voranschlag im Landtag zu vertreten hatte, war er bereits eingearbeitet und trat den Feinden der Republik, den Nationalsozialisten und den Kommunisten, mit seltener körperlicher und geistiger Frische entgegen. Man hatte nicht das Empfinden, daß dieser Mann den politischen Kampfboden schon eineinhalb Jahre später verlassen würde. Daß er für seine Partei seit mehr als 25 Jahren bei jeder Reichs- oder Landtagswahl in hervorragendem Maße mitwirkte, konnte stets beobachtet werden. Trotz starker politischer Gegnerschaft, besonders in der Zeit des Bestehens des badischen Großblocks, haben wir es bei Wittemann nie mit einem gehässigen Gegner der Sozialdemokratie und der Arbeiterschaft zu tun gehabt. Er ruhe in Frieden!"

Die demokratische **„N. Bad. Landesztg."** läßt sich u. a. so vernehmen:

„Wittemann hatte sich nach diesem Portefeuille (des Innenministers) nicht gesehnt und nicht gedrängt. Aber als er es erhalten hatte, übte er seine Ministerpflichten mit Kraft aus. Nicht umsonst: Wer die Sitzungen dieses Landtags miterlebt hat, weiß, mit welcher Bestimmtheit der Innenminister Wittemann, seit 1930 auch Staatspräsident, den Nationalsozialisten immer entgegentrat und die **Staatsautorität gegen alle radikalen Angriffe schützte.** Unter seiner Amtsführung wurde das „Braunhemdenverbot" für Baden erlassen, das Minister Wittemann einen sofortigen Mißtrauensantrag und das dauernde Mißtrauen der Nationalsozialisten eintrug. . . . Der **Minister** Wittemann hat **das Vertrauen aller Anhänger des neuen Staates besessen**; der **Politiker** Wittemann hat die Achtung und Anerkennung **aller derer errungen, die im politischen Kampf Fairheit und Loyalität zu schätzen wissen."**

Die Berliner **„Germania"** schreibt:

„Staatspräsident Wittemann habe sich in langen Jahren, in denen er an hervorragender Stelle Badens gewirkt habe, **ein reiches Maß von Vertrauen und Ansehen erworben.** Der Tod, der über sein Heimatland Baden hinaus berechtigte Trauer auslöse, bedeute für die badische Zentrumspartei und die gesamte badische Politik einen schweren Verlust."

Die rechtsgerichtete **„Deutsche Allgemeine Zeitung"**:

„Baden verliert in Wittemann eine **kluge, weltoffene Person von umfassender Bildung, großer Liebenswürdigkeit und Güte, die stets bereit gewesen sei, auszugleichen und zu versöhnen und Wiederanknüpfungspunkte zu finden, wo eine Verbindung verlorengegangen, aber auch schnell und nachdrücklich zuzugreifen, wo die Umstände dies erforderten."**

Badischer Teil

Badischer Landtag

Der Haushaltausschuß und die Höheren Lehranstalten

Bei der Beratung von Sparmaßnahmen an Höheren Lehranstalten stellte der Berichterstatter Dr. Föhr fest, daß ganz besonders eine Inflation von technischen Lehrkräften vorhanden ist. Ihre Einstufung liege in Baden höher als in Württemberg. Der fakultative Unterricht sei zu ausgiebig. Bezirksschulen seien zu erhalten. Der Gedanke des Einzugsgebietes — wie vom Philologenverein angeregt — sei richtig. Parallel- und Vertikalkombinationen seien zuzulassen. **Jüngere Lehrkräfte** seien bis zu vier Stunden über das Deputat zu Verwaltungsaufgaben heranzuziehen. Eine Aufhebung von Schulen soll nur vorgenommen werden, wenn tatsächlich Einsparungen bewirkt würden. Die **vielen Schultypen** sollen verschwinden. In kleinen Städten seien Oberrealschulen und Realschulen in Realgymnasien bzw. Progymnasien umzuwandeln. Oberrealschulen sollen nur in großen Städten bestehen bleiben. Der Umbau soll nur langsam vollzogen werden. Erreicht werden soll, eine **einheitliche Bewertung des Abiturs**, das nach Prüfungsaufgaben und einheitlichem Lehrplan zentralisiert werden soll. Für die Oberklassen sollen einheitliche Lehrbücher vorgeschrieben werden. Man hofft, die Umstellung in etwa zwei Jahren durchgeführt zu haben.

Zum Thema „Höhere Lehranstalten" führte Kultusminister Dr. **Schmitt** aus, daß diese in keiner Gemeinde restlos verschwinden dürften. Der Zudrang zu den oberen Klassen müßte abgedämmt werden. Das Realgymnasium mit Lateinbeginn in Sexta sei die Idealschule. Die Auffassung, daß die Aufbauschulen nur für besondere Begabung bestimmt seien, entspreche nicht der Praxis. Die **Mädchenschulen** seien getrennt weiterzuführen. Verringerung der Abiturientenzahl sei unbedingt notwendig. Eine Norm für die Bewertung der Abiturienten müsse geschaffen werden. Zentrale Richtlinien für Prüfung und Beaufsichtigung seien nötig. Die Aufstockung soll wieder abgebaut und Oberrealklassen mit weniger als fünfzehn Schülern im allgemeinen nicht mehr aufrechterhalten werden. Der Minister äußerte Bedenken, gegen die **gemeinsame Erziehung von Knaben und Mädchen.** Die Mädchenrealschulen an Orten, wo katholsche Mädchenschulen beständen, müßten aus Gründen der religiösen Parität erhalten bleiben. Abbau von Klassen, Deputatserhöhung bedeutet Erhöhung der Assessorennot, die schlimmer sei als die Junglehrernot. 129 Assessoren seien in Baden unverwendet. 106 davon hätten auswärts Verwendung gefunden. Bei Durchführung der Maßnahmen werde mit einem Überschuß von 300 Leuten zu rechnen sein. Würden ältere Professoren auf einen Teil ihres Deputats und der entsprechenden Besoldung verzichten, könnte eine bessere Unterbringungsmöglichkeit des Nachwuchses erreicht werden.

Bei Stimmenthaltung des staatsparteilichen Vertreters wurden hinsichtlich der **Volksschulen** folgende **Anträge** des Berichterstatters angenommen: Zwergschulen sind zu beseitigen. Die Zahl der Volksschullehrer ist nach den vom Reichssparkommissar aufgestellten Normen zu begrenzen. In die Spitzengruppe 4 a ist ähnlich wie in Württemberg nur ein Neuntel der planmäßigen Lehrer einzustufen; Voraussetzung ist, daß für die gleichartigen Beamten der übrigen Ministerien das gleiche Verhältnis durchgeführt wird. Dienstreise- und Umzugskosten sind beträchtlich einzuschränken. Der Personalaufwand für den Handarbeitsunterricht ist zu verringern.

Zum **Fortbildungsschulwesen** wurde bestimmt: Die Lehrerzahl ist, soweit sie infolge statutarischer Bestimmung durch Erhöhung der wöchentlichen Stundenzahl vermehrt ist, zu vermindern. Das Fortbildungsschulgesetz ist entsprechend zu vermindern. Das Wochendeputat der Fortbildungsschullehrer soll zwei Stunden geringer sein, als das der Volksschullehrer. — An den **Bürgerschulen** ist bei geringer Klassenfrequenz durch Kombination ähnlich wie in Württemberg eine Verringerung der Lehrerstellen herbeizuführen.

Für die **Handels- und Gewerbeschulen** gelangten folgende Anträge des Berichterstatters zur Annahme: Zwergschulen sind mit anderen Schularten zu vereinigen. An kleineren Orten sind Gewerbe- und Handelsschulen unter einem Vorstand zu vereinigen. Die Erteilung des Religionsunterrichts ist tunlichst zu verbilligen. Die Pflichtstundendeputate und Klassenstärke sind an die württembergischen Verhältnisse anzupassen. Außer den akademisch gebildeten Lehrkräften sind seminaristisch und technisch vorgebildete Kräfte mitzuverwenden. Fachlehrerstellen sind nach dem Angestelltentarif zu besetzen und die Einstufung der Direktoren und Studienräte ist an die Einstufung Württembergs anzugleichen. — Die Leitung des **Staatstechnikums** ist nach den Vorschlägen des Berichterstatters, denen bei Enthaltung des staatsparteilichen Vertreters gleichfalls zugestimmt wurde, einem beamteten Direktor zu übertragen. — Schließlich wird die **Vereinigung** der **Uhrmacher- und Schnitzereischule in Furtwangen** mit der Gewerbeschule unter einem Direktor vorgeschlagen. Auch diesem Antrag stimmte der Ausschuß zu.

*

Bei der Beratung des Spargutachtens im Haushaltausschuß des Landtages stellte der Berichterstatter Abg. Dr. Föhr (Zentr.) fest: Von 1913—1927 stiegen die **Ausgaben für das Kultusministerium** von 59,9 auf 109 Millionen *RM*, der Zuschußbedarf von 54,4 auf 90,5 Millionen (ohne Einrechnung der Besoldungsreform des Jahres 1930), die weitere 10 Proz. Zuschuß bewirken. Im Reich ist die Ausgabensteigerung für das Bildungswesen im Durchschnitt um 93 Proz. gestiegen, in den Ländern durchschnittlich um 152 Proz., in den Gemeinden um 43 Proz.

Ein wesentlicher Teil der Finanzschwierigkeiten ist in der **Erhöhung des Kultusaufwandes** begründet. Das Fortbildungsschulgesetz (1918), die Organisationsänderungen seit 1918 waren kostspielig. Die Lehrdeputate sind auszuschöpfen. Auch im Ministerium ist man nicht sparsam genug gewesen; die Beamten, die nicht das Ganze im Sinne des Sparens im Auge haben, müssen persönlich haftbar gemacht werden, wie es jetzt im Reich der Fall ist. Der personelle Mehraufwand ist in der Hauptsache auf den Gebieten der Volksbildung entstanden in allen Ländern des Reiches nach den Darlegungen des Sparkommissars. Dem Reichssparkommissar seien Kulturfeindlichkeit und Fiskatismus vorgeworfen worden. Ausgaben in der jetzigen Höhe sind nicht mehr zu ertragen. Es ist zu prüfen, ob die vorhandenen Einrichtungen notwendig sind und ob man einfacher darüber kommt.

Im badischen Kultusministerium sind mehr Beamte als in Württemberg. In Baden ist Mehrarbeit infolge des Mitwirkungsrechtes der Gemeinden bei Stellenbesetzung, ferner infolge der Abrechnungsgeschäfte. Der Betrieb ist zu vereinfachen; Vorschläge für Ausgabenverringerung werden überall

WINSCHERMANN G.m.b.H. Kohlengroßhandlung Stephanienstraße 49 Telefon 815, 816, 817

im Spargutachten vermißt. Das muß die Voraussetzung für **Personalvereinfachung** sein. Notwendig erscheinen 5 Ministerialräte, 8 Oberregierungsräte, 5 Regierungsräte. Die sozialen Frauenschulen sollten an das Unterrichtsministerium, das Landesgewerbeamt an das Innenministerium angegliedert werden.

Der Haushaltausschuß behandelte am Freitag auch das Kapitel **Universitäten**. Bezüglich der Universität Heidelberg wurde vorgeschlagen, an das Reich heranzutreten wegen Beihilfe, dergestalt etwa, daß das Reich einen Zuschuß gibt und dafür ein Mitbestimmungsrecht bei Berufungen erhält. Die Frage einer völligen Überlassung der Universität Heidelberg an das Reich findet wenig Anklang. Trotz aller Schwere der Zeit soll mit allen Mitteln versucht werden, das Niveau und den darauf begründeten guten Ruf der Universität Heidelberg im In- und Auslande zu erhalten. Nächste Sitzung Dienstagvormittag 10 Uhr.

Verleihung der Rettungsmedaille

Dem Maschinenschlosser August **Körber** in Friedrichstal wurde durch Beschluß des Staatsministeriums vom 28. August die Rettungsmedaille verliehen. Körber hat im Mai dieses Jahres ein siebenjähriges Mädchen unter Lebensgefahr aus dem durch das Hochwasser zum reißenden Wasserlauf gewordenen Verbindungskanal zwischen Hecklach und Altenbach bei der Friedrichstaler Mühle vom Tode des Ertrinkens gerettet.

Aus der Landeshauptstadt

Großflugtag. Am Sonntag, den 13. d. M., erfolgt auf dem Meßplatz ein Freiballonaufstieg und nachmittags 3 Uhr folgen auf dem Flugplatz **Kunstflüge** von Gerhard Fieseler und Vera von Bissing. (Näheres ist aus der Anzeige zu ersehen.)

Aus der Stadtratssitzung. Der Stadtrat begrüßt mit Anerkennung die Anregung der privaten Wohlfahrtsorganisationen, ähnlich wie im vorigen Jahre auch in diesem Jahr zur Linderung der Notlage der Hilfsbedürftigen im bevorstehenden Winter die **„Karlsruher Notgemeinschaft"** wieder ins Leben zu rufen. Den Vorsitz wird der Oberbürgermeister übernehmen. Die erforderlichen Arbeitskräfte werden von der Stadt zur Verfügung gestellt. Der Stadtrat gibt sich der Erwartung hin, daß in Anbetracht der großen Not weiter Kreise die Bevölkerung wie im letzten Winter in tatkräftiger Weise das Unternehmen fördern hilft. — Das frühere Empfangsgebäude des **alten Personenbahnhofs** wird instandgesetzt und in den oberen Stockwerken für die Aufnahme städtischer Dienststellen hergerichtet. Der entstehende Aufwand im Höchstbetrage von 59 000 RM. wird aus Mitteln der Brandentschädigung für das am 4. November 1930 abgebrannten Sägewerks im städtischen Anwesen Durlacher Allee Nr. 89 gedeckt. — Die Löcherschlagstraße in der Hardtwaldsiedlung wird zu Ehren des verdienten früheren Stadtrats, Geh. Hofrats Dr. Gustav Binz, in „Gustav-Binz-Straße" umbenannt. Die Änderung tritt mit der Herausgabe des nächsten Adreßbuches in Kraft.

Schmuggler auf frischer Tat ertappt. Nach Blättermeldungen ist die Karlsruher Kriminalpolizei einem umfangreichen Schmuggel mit Zigarettenpapier über die Maxauer Rheinbrücke auf die Spur gekommen, an dem drei Karlsruher Geschäftsleute und drei Kaufleute aus dem Saargebiet beteiligt sind. Sämtliche Beteiligte konnten **verhaftet** werden und sehen ihrer Bestrafung entgegen. — Die Karlsruher Kriminalpolizei war durch verschiedene Vorkommnisse darauf aufmerksam geworden, daß über die **Maxauer Rheinbrücke** ein schwunghafter **Schmuggelverkehr mit Zigarettenpapier** in Gang gesetzt worden war. Insgesamt waren in zu diesem Zweck mit doppelten Böden versehene Automobilen 15 000 Stück Zigarettenpapier aus dem Saargebiet nach Deutschland geschmuggelt worden, wo sie in Karlsruhe und Durlach vorläufig untergebracht wurden und später Verwendung finden sollten. Dem raschen Eingreifen der Karlsruher Polizei gelang es nun, die drei hiesigen Teilnehmer auf frischer Tat zu ertappen und darüber hinaus auch noch drei saarländische, an dem Unternehmen beteiligte Kaufleute zuverhaften. Damit ist das großzügig aufgezogene Schmuggelunternehmen zusammengebrochen.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Ein Vorstoß von Warmluft in der Höhe hat im ganzen Lande im Laufe der Nacht Niederschläge gebracht, die sich aber heute Morgen auf den Süden des Landes beschränken. Mit starkem Druckfall ist eine neue atlantische Zyklone vor Irland angelangt und wird das zu unserer Witterung maßgebende Aktionszentrum werden. **Voraussage:** Nach vorübergehender Aufheiterung und Erwärmung durchgreifende Verschlechterung.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Bruchsal**, 11. Sept. Die hiesige **israelitische Gemeinde** verbindet mit dem Neujahrsfest die 50-Jahrfeier ihrer Synagoge, eines sehenswerten Baues im halbromanischen, halb maurischen Stil.

bld. **Zizenhausen bei Stockach**, 11. Sept. In der Nacht zum Donnerstag wurde von unbekannten Tätern beim **Einfahrtssignal** von Mühlingen her abwärts an mehreren Stellen Steinschotter auf die Schienen gelegt, und zwar offenbar in verbrecherischer Absicht, denn nahe der Station war ein besonders starker Stein sogar in die Weiche hineingelegt worden. Der Frühzug fuhr über die Stellen hinweg und zermalmte den Schotter glücklicherweise, ohne daß er entgleiste, so daß ein größeres Unglück vermieden wurde.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Änderung der Ortsbezeichnung der Stadt Baden

Das Staatsministerium hat unterm 2. September 1931 Nr. 9589 beschlossen, daß die Stadt „Baden" mit Wirkung vom 1. September 1931 an den Namen „Baden-Baden" zu führen hat.

Karlsruhe, den 8. September 1931.

Der Minister des Innern
Maier.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhesetzungen usw.
der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Justizministeriums.

Ernannt:

Justizassistent Robert **Schreck** beim Notariat Überlingen zum Justizsekretär.

Übertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes:

Justizrat Dr. Richard **Ritter** in Mannheim auf 1. Dezember 1931.

Zurruhegesetzt auf Antrag:

Justizsekretär Friedrich **Rieg** beim Notariat Gengenbach bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Jede Bohne Qualität - jeder Tropfen ein Genuß . . .
aber der echte KAFFEE HAG muß es sein! L.408

Gott der Allmächtige hat gestern Nacht 11 Uhr meinen lieben unvergeßlichen Mann, unseren treusorgenden Vater, Schwiegervater und Großvater

Josef Wittemann

Staatspräsident und Justizminister

im Alter von 65 Jahren, gestärkt durch die heiligen Sterbsakramente, unerwartet rasch zu sich in die Ewigkeit abgerufen.

Karlsruhe, den 11. September 1931. L.407

In tiefer Trauer
Frau Maria Wittemann geb. Wittemann
Erika Rieber geb. Wittemann
Christian Wittemann
Lia Kußmann geb. Wittemann
Dr. Rieber, Arbeitsamtsdirektor, Baden-Baden
Josef Kußmann, Durlach
Erika Rieber als Enkelkind

Die Beisetzung findet am Montag, den 14. September 1931 in Karlsruhe statt.

Alles weitere erscheint in den Tageszeitungen.

Hüte für **Damen** und **Herren** reinigt, färbt fassoniert
G. Burlefinger, Westendstr. 29 b

B.167. **Karlsruhe.** Über das Vermögen des **Josef Held**, Baugeschäft in Karlsruhe, Südendstr. 24, wurde heute vormittag 10 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Vertrauensperson ist: F. J. Sonner, Direktor der Oberrh. Treuhand-Akt.-Ges. in Karlsruhe, Kaiserallee Nr. 5. Vergleichstermin **ist am Montag, den 28. September 1931, nachmittags 4 Uhr** vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, III. Stock, Zimmer 246. Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst Anlagen sowie das Ergebnis der weiteren Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Karlsruhe, den 10. September 1931. **Geschäftsstelle des Bad. Amtsgerichts A 3.**

Badisches Landestheater
Sonntag, 13. Sept. 1931
C 1 Th.-Gem. II. S.-Gr.
Salome
Von Richard Strauß
Dirigent: Krips
Regie: Pruscha

Mitwirkende:
Haberkorn, Reich-Dörich, Winter, Motschmann, Falke, Hospach, Kalnbach, Kiefer, Löser, Nentwig, Nitschl, Schoepflin, Strack, G. Grötzinger, Kilian, Nagel, Schneitz, Schmitt
Anfang 20 Ende 21¼
Preise E (1—6,30 RM)

Im Städt. Konzerthaus
Sonntag, 13. Sept. 1931
Ständchen bei Nacht
Lustspiel von Leo Lenz
Regie: Herz
Mitwirkende:
Bertram, Ermarth, Frauendorfer, Rademacher, Höcker, Kloeble, Mehner, Müller, Prüter, Schulze
Anfang 19½ Ende 21¼
Preise (0,80—2,50 RM)

Städtische (öffentliche) Sparkasse Konstanz

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
Kassenbestand	73 609,50	Spareinlagen	7 227 874,19
Gutenhaben bei Banken	52 047,34	Kontokorrentgiro- u. Scheckeinlagen	1 085 821,80
Komm. Landesbanken	148 550,54	Banken- und Sparkassen	95 546,91
Reichsbank	140 653,48	Ausgaberückstände	1 782,98
Postscheckamt	8 852,32	Aufwertungsspareinlagen	3 167 554,63
Wechsel	142 537,99	Aufwertungsabrechnungskonto	738 734,03
Kontokorrentkredite	2 032 549,61	Rücklagen (gesetzl. Reservefonds)	377 915,29
Wertpapiere	915 000,—	Reingewinn 1930	39 820,66
Feste Hypothekendarlehen	4 838 257,10	(Avale 12 500.— RM)	
Gemeindedarlehen	744 645,—		
Einlage beim Spargiroverband	205 600,—		
Sonstige Darlehen	11 000,—		
Faustpfanddarlehen	6 050,—		
Schuldscheindarlehen	84 492,80		
Einnahmerückständezinsen	117 857,39		
Grundstücke und Gebäude	130 354,04		
Gerätschaften	1,—		
Betreibungskosten	635,19		
Sonstige Vorschüsse	30 192,62		
Aufwertungsforderungen	2 987 102,50		
Aufwertungszinsenrückstandskonto	65 062,07		
(Avale 12 500,— RM)			
	12 735 050,49		12 735 050,49

Berechnung der Rücklage:

Nach § 20 der Satzung soll die Rücklage betragen:
5% aus 8 313 695,99 RM = ... 415 684,80 RM
Auf Ende des Vorjahres betrug die gesetzliche Rücklage: 377 915,29 RM
hierzu Geschäftsgewinn vom laufenden Jahr . . . . . 39 820,66 RM 417 735,95 RM
mithin Überschuß = 2 051,15 RM

Konstanz, den 9. Juli 1931.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Dr. Moericke, Oberbürgermeister.

Schreiber.

Städt. Sparkasse:
Blum, Direktor.

R.624

Staats- und Gemeindebehörden
sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der badischen Regierung der
KARLSRUHER ZEITUNG
BADISCHER STAATSANZEIGER

Großflugtag KARLSRUHE
am Sonntag, den 13. Sept. 1931
vormittags 8 Uhr auf dem Meßplatz Start von 6 Ballonen **zum 1. südwestdeutschen Freiballonwettbewerb** Eintritt 20 Rpf.
Nachmittags 3 Uhr auf dem Flugplatz **Kunstflüge!**
Am Start:
Gerhard Fieseler **Vera von Bissing** Gildehof-Flugstaffel.
Modellwettbewerb — Brieftaubenmassenstart — Ballonrammen — Zielabwurf — Luftkampf — Staffette mit Läufern, Motorrädern, Autos, Reitern und Flugzeugen. **Passagier-Rundflüge.**
Eintrittpreise: **Ost-** und **Nord**seite: volkstümlicher Einheitspreis 50 Rpf. **West**seite: 1 RM. **Startplatz:** 2 RM. Kinder auf allen Plätzen 50 Rpf. L409

Druck G. Braun, Karlsruhe.